

14. September 2023

Vier Punkte, die wir JETZT angehen müssen.

Entschlossen gegen den Bildungsnotstand.

Von **Janine Wissler** (Vorsitzende der Partei DIE LINKE)
und **Nicole Gohlke** (Sprecherin für Bildung und
Wissenschaft der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag)

DIE LINKE.

Entschlossen gegen den Bildungsnotstand.

Vier Punkte, die wir JETZT angehen müssen.

Das Bildungssystem steht vor dem Kollaps: Lehrkräfte kämpfen sich durch den Schulalltag, werden zur Mangelware, Unterrichtsverkürzung und Unterrichtsausfall sind schon längst Fakt, ein Viertel der Viertklässler kann nicht mehr richtig lesen und schreiben. Die kaputt gesparte Bildungsinfrastruktur reicht von maroden Schulen über fehlende Schulplätze bis hin zu Burnout bei Lehrenden, Verzweiflung bei Eltern und Kindern. Die sogenannte Lösung der Ministerien: immer größere Klassen und Verdichtung. Das verschärft die Probleme der Kinder und Jugendlichen aber immer weiter. Schüler:innen, Eltern, Lehrer:innenverbände schauen sorgenvoll auf das anstehende Schuljahr.

Allein bei Schulgebäuden drückt ein Investitionsstau von rund 47,4 Milliarden Euro (KfW-Kommunal-Panel 2023). Seit Jahren bleiben notwendige Modernisierungsinvestitionen aus, werden gekürzt oder aufgeschoben. Währenddessen feiern der Privatsektor und Stiftungen in der Bildung Hochkonjunktur. Wer es sich leisten kann, schickt seine Kinder auf Privatschulen und zu Nachhilfestunden. Unterdessen fallen laut Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS) 630.000 Jugendliche durchs Raster, befinden sich weder in der Schule noch in Ausbildung. Das Schulsystem hält dabei konstant den alten Trott aufrecht: den Kreislauf aus Druck, Pauken, Testen und Aussortieren. Die dauernde Verdichtung der Unterrichtsinhalte hat zu einem enormen Anstieg des Leistungsdrucks geführt. Die Schule muss weg vom Pauken und hin zum verstehenden Lernen.

An den Schulen fehlen Lehrer:innen, Schulpsycholog:innen, Sozialpädagog:innen und Erzieher:innen. In Deutschland hängen nach wie vor die Bildungschancen von der sozialen Herkunft ab. Kinder aus Akademiker:innenhaushalten bekommen doppelt so häufig eine Gymnasialempfehlung nach der Grundschulzeit wie Kinder aus Arbeiter:innenfamilien bei gleicher Leistung. DIE LINKE will das nicht länger hinnehmen!

Weder die Kultusminister:innenkonferenz noch die Bundesregierung sind willens, eine Trendwende in der Bildung einzuleiten. Damit muss jetzt Schluss sein!

Wir LINKE stehen an der Seite von Schüler:innen, Lehrkräften, Erzieher:innen, Eltern, Studierenden und Wissenschaftler:innen, Gewerkschaften, Bildungsorganisationen und -initiativen, die sich zusammengefunden haben und für eine bessere Bildung kämpfen. Wir unterstützen seit Jahren gute Ideen für eine neue Schule, neue Lernkultur, mehr Teilhabechancen und für den Kampf gegen Bildungsgerechtigkeit.

Die Herstellung von Bildungsgerechtigkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das Ziel muss ein inklusives, demokratisches Schulsystem sein. Dafür müssen Bund, Länder, Städte und Gemeinden endlich an einem Strang ziehen.

1. Schulen zu Wohlfühlorten machen

- Der Bund darf sich nicht länger um die Finanzierung von Schule drücken. Deshalb fordert DIE LINKE ein »100 Milliarden-Euro-Sondervermögen für Bildung« des Bundes zur Sanierung, Modernisierung und Unterstützung der Bildungseinrichtungen, um die Mangelwirtschaft zu beenden. Die Schulen platzen aus allen Nähten. Es muss für alle Kinder und Jugendlichen ein guter Schulplatz gesichert sein.
- Das Kooperationsverbot in der Bildung muss vollständig fallen und stattdessen soll eine Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Grundgesetz festgeschrieben werden.

2. Lernen ohne Druck und Angst

- Das gegliederte Schulsystem ist und bleibt ein Brandbeschleuniger für soziale Ungleichheit. Wir müssen stärken statt sortieren: ‚Eine Schule für alle‘ ist die Antwort! Und zwar gemeinsam lernen von Klasse 1 bis 10. Längeres gemeinsames Lernen – ganztägig, demokratisch und selbstbestimmt – muss das Ziel sein. Dabei darf der Ganzttag nicht zur bloßen Betreuung verkommen. Es müssen klare, bundeseinheitliche und vor allem verbindliche Qualitätsstandards her. Kein Kind darf zurückgelassen und allen Kindern muss ein guter Schulabschluss ermöglicht werden.
- Abschulen und Sitzenbleiben muss Schnee von gestern werden. Kinder und Jugendliche wollen die Welt verstehen, Probleme lösen und Ergebnisse ihrer Anstrengungen erreichen und nicht nur für Tests und Prüfungen büffeln.
- Der Stress wird verstärkt, wenn zu große Klassen in zu engen Räumen arbeiten. Lernen in kleineren Klassen bzw. Lerngruppen mit mehr individueller Förderung sorgt für mehr Leistung und ein besseres Lernklima.
- Hausaufgaben und Noten gehören abgeschafft. Einüben und Wiederholen hat in der Schulzeit zu geschehen.
- Demokratische Schule braucht mehr Mitbestimmung und gemeinschaftliches Lernen.

3. Gute Arbeit im Klassenzimmer

- Die bürokratische Belastung muss runter vom Lehrkraftschreibtisch, Schulen brauchen mehr Zeit und Beratung für Schulentwicklung und der IT-Support muss verbindlich extern abgesichert werden.
- Die Gleichstellung bei der Bezahlung von Lehrkräften unabhängig von Schulform und Schulstufe (A 13/E 13) muss bundesweit her.
- Eine Ausbildungs-offensive für mehr Lehrer:innen und Erzieher:innen ist dringend notwendig.
- Die Lehrer:innenausbildung muss praxisnah reformiert werden. Dazu gehört auch, die Studien- und Ausbildungsbedingungen insgesamt zu verbessern und besser mit der Praxis zu verzahnen sowie die Qualität der Lehre zu steigern. Die Lehrer:innenbildung darf nicht länger Sparmodell an Hochschulen sein. Es müssen Strategien entwickelt werden, um die Abbruchquoten bei Lehramtsstudierenden sowie von Erzieher:innen in Ausbildung deutlich zu senken.

- Multiprofessionelle Teams machen das Kollegium stark. Schulpsycholog:innen und Schulsozialarbeiter:innen müssen der Standard in jedem Team sein.
- Zum Lehrkräftebedarf müssen sich die Länder endlich ehrlich machen und mit realistischen, einheitlichen, vergleichbaren Prognosen den Eigenbedarf verbindlich selbst ausbilden anstatt an ihren Abwerbungstaktiken festzuhalten.
- Seiten- und Quereinsteiger:innen müssen besser qualifiziert, betreut und bezahlt werden. Dazu gehört eine Entlastung vom Stundendeputat während der Ausbildung; der Beginn der Hospitationen und Unterricht dürfen nur unter Anleitung, die volle Unterrichtsverpflichtung frühestens ab dem 2. Halbjahr erfolgen.
- Anerkennungsverfahren für im Ausland erworbene pädagogische Qualifikationen müssen endlich einfacher und schneller werden.

4. Gute Standards von Aachen bis Görlitz

- Der Bund muss sich dauerhaft an der bedarfsgerechten Finanzierung im Bildungswesen beteiligen.
- Um Vergleichbarkeit im Bildungswesen und hohe Qualität sowie gleiche Möglichkeiten für die Bildungsteilhabe herzustellen, braucht es ein bundeseinheitliches Bildungsrahmengesetz, das alle Bildungsbereiche in den Blick nimmt. Dieses sollte soziale Verhältnisse berücksichtigen, individuelle Rechtsansprüche, Mitspracherechte, Zugangsvoraussetzungen sowie materielle und personelle Rahmenbedingungen regeln. Das heißt z. B. gleiche Ziele, Rechte und Standards, vergleichbare Abschlüsse sowie Durchlässigkeit und Sicherung pädagogischer Fachkräfte, bedarfsgerechte Finanzierung nach Sozialindex und Gebührenfreiheit für öffentliche Angebote müssen festgeschrieben werden. Gleicher Zugang zu Bildung und hohe Qualität sind bundesweit zu regeln!